

**Antworten auf die Wahlprüfsteine für den
Naturschutzbund Deutschland (NABU) und den
Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
anlässlich der Bundestagswahl 2025**



1. Im Naturschutz gibt es eine Finanzierungslücke von mind. 2 Mrd. € pro Jahr. Unterstützen Sie die Verstetigung des Aktionsprogramms ANK, eine neue Gemeinschaftsaufgabe mit starker Naturschutzkomponente sowie ein eigenständiges EU-Finanzierungsinstrument zur Schließung dieser Lücke?

Für die EU fordern wir GRÜNE einen eigenständigen Naturschutzfonds im Haushalt als wichtiges Finanzierungsinstrument. Mit dem Bundesnaturschutzfonds, den Artenhilfsprogrammen, dem Meeresnaturschutzfonds und dem Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz (ANK) konnten wir in dieser Wahlperiode gute Finanzierungsinstrumente schaffen, die wir verstetigen und weiterentwickeln wollen. Zudem wollen wir das Spektrum des Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz erweitern und es mit den Anforderungen der Wiederherstellungsrichtlinie klug verzahnen. Dafür wollen wir noch weitere Förderrichtlinien auf den Weg bringen.

Für die Umsetzung der Wiederherstellungsverordnung der EU werden weitere Mittel erforderlich sein, für die wir GRÜNE bei der Haushaltsaufstellung kämpfen werden. Die Einrichtung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe für Klimaschutz und -anpassung mit starker Naturschutzkomponente werden wir angehen, um noch mehr Vorhaben umzusetzen. So stärken wir den Naturschutz strukturell in der Fläche.

2. Bekennen Sie sich zum bestehenden EU-Rechtsrahmen für den Natur- und Artenschutz sowie zu einer ambitionierten Umsetzung der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur? Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um Vollzugsdefizite abzubauen und effiziente Ökosystemwiederherstellung zu ermöglichen?

Ja! Natura 2000 und die Wiederherstellungsverordnung bilden den wesentlichen europäischen Rahmen für Erhalt und Entwicklung der Biodiversität. Die Inhalte und Standards dürfen auf keinen Fall qualitativ abgesenkt werden. Dafür werden wir GRÜNE im Bund und auf europäischer Ebene arbeiten.

Die Planung und Umsetzung von wirksamen Vorhaben zur Wiederherstellung der Natur wollen wir beschleunigen, etwa durch eine unkompliziertere Bereitstellung von Flächen sowie vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dafür werden wir GRÜNE in den Ländern und im Bund arbeiten.

Auch die Ausweisung von Schutzgebieten mit hohen Standards werden wir GRÜNE beschleunigen und entbürokratisieren. Das ist ein zentraler Punkt für mehr wirkungsvollen Natur- und Artenschutz und ein wichtiger Beitrag zur rechtzeitigen Erfüllung der Ziele der Wiederherstellungsverordnung.

3. Wie werden Sie die Erreichung der EU-Schutzgebietsziele (30% bis 2030, davon ein Drittel strikt geschützt) beschleunigen und sicherstellen? Werden Sie auch die marine Raumplanung in der AWZ und im Küstenmeer der Nord- und Ostsee auf Grundlage des Ökosystemansatzes fortschreiben?

Wir GRÜNE werden bis 2026 einen anspruchsvollen Umsetzungsplan für die Wiederherstellung der Natur über alle Ebenen auf den Weg bringen – ressortübergreifend und mit der Zivilgesellschaft abgestimmt. Der Sachverstand der Umwelt- und Naturschutzverbände ist dabei unverzichtbar. Wir wollen die finanziellen Mittel für die Wiederherstellung unserer Natur zur Verfügung stellen. Wir werden zudem einen rechtlichen Rahmen schaffen, der die Planungen erleichtert und Flächen bereitstellt und insbesondere mit dem ANK die konkrete Umsetzung vor Ort unterstützt.

Die marine Raumordnung muss unbedingt fortgeschrieben werden, um – vor dem Hintergrund zunehmender Nutzungskonflikte – die natürlichen Lebensräume zu schützen und zu entwickeln. Wichtige Grundlage dafür soll die Meeresstrategie sein.

Mindestens 10 Prozent unserer Nord- und Ostsee müssen vollständig von der Nutzung ausgeschlossen werden und völlig unberührt bleiben, damit sich die Meeresnatur erholen kann. Dafür werden wir GRÜNE sorgen.

4. Setzen Sie sich dafür ein, dass sämtliche Fördermittel der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik auf die einkommenswirksame Honorierung klar definierter Gemeinwohlleistungen der Landwirtschaft ausgerichtet und die Budgets der Öko-Regelungen sowie der Agrarumweltmaßnahmen weiter deutlich angehoben werden?

Das von uns schon lange geforderte System „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ sollte in der nächsten GAP-Förderperiode endlich die flächenbezogene Einkommensgrundstützung ersetzen. Wir GRÜNE wollen eine einkommenswirksame Honorierung von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen, um diese Anreizfunktion zu erhöhen. Diese Förderung sollte gezielt erfolgen und mit anderen Programmen klug abgestimmt sein. Mehrjährige Maßnahmen, die zugleich Planungssicherheit und Nachhaltigkeit schaffen, müssen gestärkt werden. Es braucht zudem Regelungen, die Skalierungseffekte ausgleichen. Pauschale, einkommenssichernde Prämien sollten weiterhin an Klein- und Subsistenzbetriebe gezahlt werden. Sie sind wichtig für ihre Stabilisierung und die Stärkung unserer vielfältigen ländlichen Regionen und räumlichen Strukturen in Deutschland. Darauf werden wir GRÜNE unsere agrarpolitische Arbeit in den kommenden Jahren konzentrieren.

5. Welche Maßnahmen planen Sie, um den Tierschutz in der Nutztierhaltung zu verbessern und den Umbau der landwirtschaftlichen Tierhaltung konsequent anzugehen und finanziell abzusichern?

Wir setzen uns bei der landwirtschaftlichen Tierhaltung dafür ein, dass weniger Tiere, diese aber dafür besser gehalten werden. Tiere sollen sich frei bewegen und ihrer natürlichen Lebensweise nachgehen können. Dafür wollen wir GRÜNE bestehende Lücken und Rechtsunsicherheiten im Tierschutzrecht schließen und den Schutz von landwirtschaftlich genutzten Tieren bei Zucht, Haltung, Transport, Schlachtung und Handel deutlich stärken. Die von Bundesminister Cem Özdemir eingeführte Tierhaltungskennzeichnung und das milliardenschwere Stallumbauprogramm Euro dienen dazu, eine bessere Tierhaltung zu finanzieren. Diese Kennzeichnung werden wir GRÜNE künftig auf die Außer-Haus-Verpflegung und zudem auf weitere Tierarten ausweiten. Um den Umbau der Tierhaltung mit einer sichtbaren Wirkung zu fördern, braucht das Umbauprogramm eine verlässliche Finanzierung. Eine Reform des undurchsichtigen Dickichts aus regulärem und ermäßigtem Mehrwertsteuersatz wäre dafür ein denkbares Mittel.

6. Werden Sie die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie zu einem Kernprojekt der neuen Regierung im Interesse der Ressourcenschonung machen und sich für verbindliche Ressourcenschutz-Ziele einsetzen, um den Verbrauch von Primärrohstoffen deutlich zu senken?

Ja! Die Umsetzung der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie und verbindlicher Ressourcenschutzziele hat für uns GRÜNE eine sehr hohe Priorität. Eine echte und umfassende

Kreislaufwirtschaft spart wertvolle Ressourcen und ist ein zentraler Baustein zur Bewältigung der Klimakrise und der Vermüllung, etwa durch Plastikmüll. Die von Bundesministerin Steffi Lemke entwickelte Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie legt genau dafür die Grundlage und strebt unter anderem weniger Verpackungen, ein besseres Recycling als auch Produkte an, die länger halten und so unseren Geldbeutel und die Umwelt besser schonen. Gleichzeitig machen wir GRÜNE unser Land damit unabhängiger von notwendigen Rohstoffimporten und stärken unsere Wettbewerbsfähigkeit.

7. Die Belastung von Umwelt und Menschen durch die „Ewigkeitschemikalien“ PFAS hat kritische Ausmaße erreicht und nimmt stetig zu. Werden Sie sich für die Umsetzung des Vorschlags zur universellen Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf EU-Ebene einsetzen?

Ja! Stoffe, die Menschen und Ökosysteme dauerhaft schädigen, wie die sogenannten „Ewigkeitschemikalien“ PFAS nehmen wir GRÜNE besonders in den Blick. Wir setzen uns für ein Vorgehen ein mit dem Ziel, nach und nach ganz aus ihrer Verwendung auszusteigen. Überall dort, wo sie nicht in kritischen Anwendungen sind oder gut ersetzt werden können, wollen wir ihre Verwendung zuerst rasch beenden.

Wir GRÜNE setzen uns für die Umsetzung des Vorschlags zur universellen Beschränkung der gesamten PFAS-Gruppe auf europäischer Ebene ein. Von PFAS geht eine sehr große Gefahr sowohl für die Gesundheit der Umwelt als auch der Menschen aus. Deswegen muss ein Eintrag in unsere Umwelt so gut und schnell wie nur möglich verhindert werden.

8. Der Staat trägt Verantwortung, dass Zivilgesellschaft gestalten und sich entfalten kann. Setzen Sie sich ein für die Vereinfachung des Förderrechts, mehr Rechtssicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht, die Erhaltung von Verbandsklagerechten sowie erleichterten Zugang zum Freiwilligendienst?

Ja! Wir GRÜNE setzen uns für eine Modernisierung des Katalogs förderfähiger gemeinnütziger Zwecke ein. Die aktuell bestehende Rechtsunsicherheit im Gemeinnützigkeitsrecht ist eine nicht hinnehmbare Einschränkung. Die Verbandsklagerechte unterstützen und verteidigen wir und wollen sie beispielsweise im Bereich des Tierschutzes noch ausweiten. Die rechtlichen Überprüfungsmöglichkeiten durch die anerkannten Verbände sind aus unserer Sicht ein sehr wichtiges Instrument, um Planungsqualität zu sichern und Planungsfehlern vorzubeugen.

Wir GRÜNE setzen beim Engagement auf Freiwilligkeit statt Pflicht: Wir wollen ein Recht auf einen Freiwilligendienst verankern und Plätze im Bundesfreiwilligendienst ausreichend und verlässlich finanzieren. Zahlreiche Menschen – ob jung oder alt – möchten sich im Freiwilligendienst engagieren und wir GRÜNE öffnen ihnen die Türen dafür. Hierfür wollen wir in der kommenden Wahlperiode die Bedingungen für Freiwillige verbessern.